

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

22. Sitzung
15. Juni 2022

Beginn: 12.04 Uhr
Schluss: 14.37 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde, sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzende Franziska Becker informiert, es seien verschiedene Tischvorlagen verteilt worden: ein Vermögensgeschäft, rote Nr. 0381, zu TOP 1, ein Antrag auf Maßgabebeschluss der Koalitionsfraktionen zu TOP 4 A und zu TOP 13 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zu Einzelplan 29, rote Nrn. 0200 EE und 0200 EF, sowie zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022/2023, dort zu §§ 1, 2 und 10, rote Nr. 0200 EG. Weiterhin liege eine Zusammenstellung der zu den Einzelplänen beschlossenen Änderungen zum Entwurf des Doppelhaushaltplanes 2022/2023, rote Nr. 0200 ED, von SenFin vor, ebenso wie eine Übersicht über die zu verabschiedenden Auflagen, rote Nr. 0200 EC.

Der **Ausschuss** stimmt der Tagesordnung gemäß Einladung und den Änderungen und Ergänzungen gemäß 1., 2. und 3. Mitteilung sowie der Konsensliste zu.

Vorsitzende Franziska Becker berichtet weiterhin, die Koalitionsfraktionen beantragten die Überweisung von TOP 3 in den UA Vermögensverwaltung.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen
des Unterausschusses Vermögensverwaltung
zu Vorlagen – zur Beschlussfassung –
gemäß § 38 GO Abghs**

hierzu:

Empfehlung des UA VermV vom 15.06.2022
**Erwerb und die Übernahme der BerlinOnline
Stadtportal GmbH & Co. KG und der BerlinOnline
Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH durch die
Anstalt des öffentlichen Rechts IT-
Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ)**

[0381](#)
Haupt

Hendrikje Klein (LINKE) erklärt als Vorsitzende des Unterausschusses Vermögensverwaltung, dieser Empfehle die Zustimmung zum Erwerb und zur Übernahme der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG und der BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH durch das ITDZ Berlin.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, die Vorlage – zur Beschlussfassung – rote Nr. 0381 solle entsprechend dem Beratungs- und Abstimmungsergebnis des Unterausschusses Vermögensverwaltung angenommen werden. Dringlichkeit werde ebenfalls empfohlen.

- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung
des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu
Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8
i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegen keine Empfehlungen vor.

Bezirke

Punkt 2 der Tagesordnung

Schreiben BA Mitte – BiKu ID 16 – vom 23.05.2022
**Verlängerung der Anmietung einer Fläche in der
Oudenarder Str. 16, 13347 Berlin zwecks
Durchführung für von der Bundesanstalt für Arbeit
geförderte und zertifizierte Schauspiellehrgänge
durch das Institut für Schauspiel, Film- und
Fernsehberufe (ISFF) an der Volkshochschule Mitte
hier: Kenntnisnahme der Mietverlängerung**
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 und Art. 88 VvB und Art. 89 VvB

[0372](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt das Schreiben rote Nr. 0372 zur Kenntnis.

Kultur und Europa – 08

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – I C 2 Dr – vom 03.06.2022
Sicherung der Rieckhallen als Ausstellungsstandort
(unaufgefordert vorgelegt)

[0368](#)
Haupt

Überwiesen in den UA Vermögensverwaltung zur Erledigung.

Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – 09

Punkt 4 der Tagesordnung

Schreiben SenWGPG – Z C 2 Ny – vom 07.06.2022
Beauftragung einer Beratungsdienstleistung
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[0373](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0373 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 A der Tagesordnung

- a) Schreiben RBm -Skzl – V D – vom 04.11.2021 [0004](#)
**Zustimmung zur Übertragung der Bauherrenschaft
für ausgewählte Bauvorhaben auf die Humboldt-
Universität zu Berlin (HU) und die Hochschule für
Musik Hanns Eisler Berlin (HfM) (Baudienststelle in
Amtshilfe: Humboldt-Universität zu Berlin)**
hier nur noch: Maßnahme 2
gemäß Beschluss aus der 120. Sitzung des
Hauptausschusses vom 8. Februar 1995 –
12. Wahlperiode
Haupt
- b) Bericht SenWGPG – V D – vom 23.03.2022 [0219](#)
**Liste über geplante Maßnahmen zur Übertragung
der Bauherrenschaft für Bauvorhaben
hier: Zustimmung Maßnahme 2-4**
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 67. Sitzung
vom 04.12.2020)
Haupt
- c) Bericht SenWGPG – V D – vom 24.03.2022 [0228](#)
**Nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagte
Baumaßnahmen des Vorjahres hinsichtlich des
Stands der Bearbeitung der Planungsunterlagen
hier: Charité – Universitätsmedizin Berlin und
Humboldt – Universität zu Berlin**
(a) bis c) in der 19. Sitzung am 01.06.2022 zur Sitzung
am 31.08.2022 zurückgestellt; aufgesetzt in dieser Sit-
zung auf Antrag der Fraktionen SPD, GRÜNE und
LINKE)
Haupt

Vorsitzende Franziska Becker weist den auf den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Maßgabebeschluss zu den Vorlagen rote Nrn. 0004, 0219 und 0228 hin, der vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt worden sei.

André Schulze (GRÜNE) erläutert, die Maßgabe solle für Änderungen des Bedarfsprogramms gelten, die im Nachgang der Verabschiedung erfolgten, nicht für bereits erfolgte Änderungen.

Der **Ausschuss** stimmt den Vorlagen rote Nrn. 0004, 0219 und 0228 unter der Maßgabe zu, dass der Senat sicherstelle, dass Änderungen des Bedarfsprogramms entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 5 LHO künftig dem Hauptausschuss vorgelegt würden.

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 4 B der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke [0379](#)
Drucksache 19/0373 Haupt
**Gesetz über die Verlängerung der
Brennpunktzulage nach § 78a des
Bundesbesoldungsgesetzes in der
Überleitungsfassung für Berlin**

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag Drucksache 19/0373 möge angenommen werden. Dringlichkeit werde ebenfalls empfohlen.

Integration, Arbeit und Soziales – 11

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0216](#)
Drucksache 19/0235 Haupt
**Zweites Gesetz zur Änderung des
Landesmindestlohngesetzes** IntArbSoz

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses IntArbSoz vom 02.06.2022 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, GRÜNE, LINKE und AfD gegen FDP bei Enthaltung CDU).

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zur [0216 A](#)
Vorlage – zur Beschlussfassung - Haupt
Drucksache 19/0235
**Zweites Gesetz zur Änderung des
Landesmindestlohngesetzes**

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag rote Nr. 0216 A ohne Aussprache ab. Er empfiehlt dem Abgeordnetenhaus die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0235 ebenfalls ohne Aussprache. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 5 A der Tagesordnung

Schreiben SenIAS – III F 1.1 – vom 13.06.2022
**Vergabe zur Beauftragung einer Dienstleistung zur
Evaluation der 24/7-Unterkünfte, die im Rahmen des
REACT-EU-Programms, Förderinstrument 36
errichtet wurden
hier: Zustimmung**
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[0380](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0380 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Schreiben SenIAS/LAF – II E 2.7 – vom 02.06.2022
**Herrichtung einer Flüchtlingsunterkunft zur
baurechtlich genehmigten Gemeinschaftsunterkunft
hier: Baukostensteigerungen aufgrund von
Planungsänderungen**
gemäß § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO

[0365](#)
Haupt

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt fest, dass sich die Gesamtkosten für die Herrichtung in erheblichem Umfang erhöhten. Nachdem man zunächst von einer deutlich geringeren Summe ausgegangen sei, habe man erst zuletzt festgestellt, dass die Haustechnik komplett erneuert werden müsse; ihr sei unverständlich, weshalb der Prozess so verlaufen könne. Insbesondere weil es häufiger geschehe, dass die Notwendigkeit von umfangreichen und offensichtlich nötigen Maßnahmen verspätet festgestellt werde, interessiere sie auch im Sinne der guten Haushaltsführung, warum solche Steigerungen erst so spät bekannt würden und was man dagegen unternehmen könne. Solche Änderungsvorlagen im Nachgang zu erhalten, mache die Kontrolle der Ausgaben durch den Hauptausschuss sehr schwierig.

Christian Goiny (CDU) erkundigt sich, weshalb im Vorfeld keine hinreichende Analyse der Medientechnik stattgefunden habe; daraus erkläre sich immerhin ein erheblicher Anteil der Kostensteigerung. Auch die Bauwerksabdichtung der Außenwände im Kellergeschoss wäre bei der Bauvorbereitung bereits festzustellen gewesen; warum sei das nicht erfolgt?

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS) führt aus, die Baukostensteigerungen seien im vorliegenden Fall auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen. Diese hingen mit der Gebäudeausrüstung, der Bauwerksabdichtung, der Anpassung an Qualitätsstandards, die sich noch im Verlauf von Planungen teilweise aufgrund neuer politischer Vorgaben änderten – dadurch erhöhten sich Bauplanungs- und Baunebenkosten –, und der allgemeinen Baukostensteigerung zusammen. Die Verwaltung nehme Planungen selbstverständlich nach bestem Wissen und Gewissen vor; insbesondere, wenn im Rahmen von Genehmigungsverfahren aber bestimmte Auflagen gemacht würden, leiteten sich daraus bauliche Notwendigkeiten ab, die zusätzliches Geld kosteten. Insofern sei das Phänomen leider nicht gänzlich zu vermeiden.

Alexander Straßmeir (LAF) erklärt einleitend, ihm lägen keine Hinweise vor, dass die Ermittlungen zur Aufstellung der BPU durch die BIM und die von ihr beauftragten Sachverständigen fehlerhaft gewesen seien, weil Dinge übersehen worden wären. Die genaue Ausführungsplanung für die Baumaßnahme werde aber durch die ersten drei Leistungsphasen erhoben. Leistungsphase 3, also die Fachplanung, sei jetzt abgeschlossen, und erst daraus ergäben sie die genauen Baukosten. In dieser Phase gewinne man Erkenntnisse, die man zuvor schlicht nicht erlangen könne.

Es gebe weitere Vorlagen zu Fällen, in denen kostensteigernde Entscheidungen im Verlauf der Planung getroffen worden seien, z. B. die, eine dauerhafte statt einer temporären Sanierung herzustellen, oder die, für 600 statt für 300 Geflüchtete Raum zu schaffen. Im vorliegenden Fall hätten aber die ersten drei Leistungsphasen bei Architekten und Fachplanern zu neuen Erkenntnissen geführt.

Sibylle Meister (FDP) bemerkt, es bestehe ein Widerspruch zwischen der im Bericht benannten Hauptursache für die Kostensteigerung – dass sich nämlich herausgestellt habe, dass das gesamte Gebäude strangsaniert werden müsse – und der vom Staatssekretär nun abgegebenen Erklärung, dass die allgemeine Baukostensteigerung wesentlich zum Anwachsen der Kosten beigetragen habe. Dabei hätte man bei der Begehung des Gebäudes durchaus feststellen können, wie es um Leitungen und Elektronik dort bestellt sei. Offenbar sei deren Sanierungsbedürftigkeit übersehen worden und die Benennung der allgemeinen Baukostensteigerung als Grund für die Teuerung vorgeschoben. Wenn nun, wie im Bericht beschrieben, die Erneuerung aller Stränge – Wasser, Abwasser, Elektro, Fernmeldetechnik, Brandmeldeanlage – zusätzlich finanziert werden müsse, habe das auch nichts mit neuen Anforderungen zu tun. Sie bitte um mehr Ehrlichkeit.

Christian Goiny (CDU) meint, die Kostensteigerung werde nun nicht mehr zu verhindern sein; man müsse sich aber mit den Prozessen, die zu ihrer Entstehung geführt hätten, befassen. Die Fehler seien ganz klassisch, sodass man von einem „Paradebeispiel“, wie man nicht arbeiten sollte, sprechen könne: Nach undichten Wänden und zu erneuernden Leitungen könne man durchaus von Anfang an suchen. – Er bitte um einen Folgebericht, in dem am gegebenen Beispiel dargestellt werde, wie die Vorbereitung von Baumaßnahmen in der Verantwortung von SenIAS vonstattengehe. Was sei wann in welchem Umfang untersucht worden? Welche Erkenntnisse seien anfangs gewonnen worden? Wann habe man warum festgestellt, dass man bezüglich der Medientechnik und der Bauwerksabdichtung nicht vorgehen werde können wie ursprünglich geplant? Welche Schlussfolgerungen ziehe man aus diesen Erkenntnissen für künftige Baumaßnahmen? – Er bitte um die Vorlage des Berichts nach der Sommerpause.

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS) versichert der Abgeordneten Meister, es sei nicht seine Absicht gewesen, die allgemeine Baukostensteigerung als Hauptgrund für die Kostenerhöhung zu präsentieren. Vielmehr habe er ausdrücken wollen, dass die Kostensteigerung im vorliegenden Fall auf ein Bündel von Gründen zurückzuführen sei, von denen die Baukostensteigerung einer sei. Einen weiteren Grund stellten die Erkenntnisse dar, die sich in den ersten drei Leistungsphasen ergeben hätten.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der vom Abgeordneten Goiny angeforderte Bericht solle rechtzeitig zur Sitzung am 14.09.2022 vorgelegt werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0365 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Schreiben SenIAS/LAF – II E 2.5 – vom 02.06.2022

[0366](#)

**Sanierung als Aufnahmeeinrichtung (AE) für
Geflüchtete**

Haupt

hier: Baukostensteigerungen
gemäß § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO

Dr. Kristin Brinker (AfD) interessiert, ob für die im Bericht erwähnten Vandalismusschäden Verantwortliche hätten ausfindig gemacht werden können und, wenn ja, ob diese nun die Haftung übernehmen würden. Die Frage der Haftung bitte sie auch in Bezug auf die bei der vorangegangenen Sanierung nicht fachgerechte Anbringung von Türzargen, Scheuerleisten und Fenstern zu beantworten. Hätten hier Ansprüche an die entsprechenden Firmen geltend gemacht werden können?

Alexander Straßmeir (LAF) weist darauf hin, dass besagte Sanierung 2004 stattgefunden habe und alle Gewährleistungsansprüche inzwischen abgelaufen seien; die Fristen im Werkvertragsrecht seien relativ kurz. Seines Wissens habe die Polizei auch keinen Verantwortlichen für den Vandalismus ausfindig machen können. Er weise außerdem darauf hin, dass eine zusätzliche Schallschutzmaßnahme eingebaut werde, um den Straßenbahnlärm abzdämpfen. Das verbessere die Qualität für die Bewohner und verursache ebenfalls Kosten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0366 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung

Schreiben SenIAS/LAF vom 07.06.2022

[0369](#)

**Sanierung als Gemeinschaftsunterkunft für
Geflüchtete**

Haupt

**hier: Zustimmung von Baukostensteigerungen
aufgrund von Planungsänderungen**
gemäß § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0369 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenIAS/LAF – II C 1 – vom
07.06.2022
**Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete
Personen aus der Ukraine**

[0370](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** nimmt den vertraulichen Bericht rote Nr. 0370 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF vom 07.06.2022
**Verlängerung des Mietvertrages eines Objektes zur
Unterbringung von Geflüchteten
hier: Kenntnisnahme zur Verlängerung der
Mietverträge**
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[0371](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** nimmt das vertrauliche Schreiben rote Nr. 0371 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II A 1.2 – vom
08.06.2022
**Verlängerung eines Mietvertrages für ein Objekt zur
Unterbringung von Geflüchteten
hier: Kenntnisnahme zur Wahrnehmung des
Optionsrechts auf Verlängerung des Mietvertrages**
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[0374](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** nimmt das vertrauliche Schreiben rote Nr. 0374 ohne Aussprache wie beantragt zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II C 1 – vom
08.06.2022
**Verlängerung des Mietvertrages eines Objektes zur
Unterbringung von Geflüchteten
hier: Kenntnisnahme der Mietvertragsverlängerung**
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[0376](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** nimmt das vertrauliche Schreiben rote Nr. 0376 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Punkt 12 A der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0312
**Entwurf des Bebauungsplans 1-106 (Erweiterung
Bundeskanzleramt) vom 27.07.2021 für die
Erweiterung des Bundeskanzleramts auf dem
Moabiter Werder und einer Teilfläche östlich der
Spree sowie über einem Abschnitt der Spree im
Bezirk Mitte, Ortsteil Moabit**

[0279](#)
Haupt
StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 13.06.2022 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (einstimmig mit allen Fraktionen).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0312 möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen zugestimmt werden. Dringlichkeit werde ebenfalls empfohlen.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2022/2023 (Schlussberatung)

Punkt 13 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

[0200](#)

Haupt (f)

hierzu:

Anlage zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200-Anlage

[0200-Anlage](#)

Mitberaten werden:

a1) Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/0225

Finanzplanung von Berlin 2021 bis 2025

[0174](#)

Haupt

a2) Bericht SenFin – II A – vom 10.03.2022

**Finanz- und Investitionsplanung des Landes Berlin
2021-2025**

[0174 A](#)

Haupt

b) Bericht SenFin – II LIP – vom 07.03.2022

**Fortschreibung des bisherigen
Haushaltsplanentwurfs 2022/2023
(Fortschreibungsrundschreiben 2022/2023 –
FR 22/23)**

[0137 A](#)

Haupt

**hier: Priorisierung der Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)**

c) Bericht SenFin – IV D 35 – vom 14.02.2022

**Gesetz zur Sicherstellung der
personalvertretungsrechtlichen Interessenvertretung
in der Berliner Landesverwaltung
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU**

[0001 A](#)

Haupt

(Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 8.12.2021)

d) Bericht SenFin – II B – vom 04.03.2022

FM-Titelliste

[0173](#)

Haupt

e) Bericht SenFin – II B – vom 15.03.2022

IKT-Titelliste

[0200 A](#)

Haupt

- f) Bericht SenFin – II D 3 – vom 20.04.2022 [0252](#)
Pauschalierte Übersicht der flüchtlingsbedingten /
zuwanderungsbedingten Kosten
einzelplanübergreifend aufliefen
(Berichtsauftrag aus der 5. Sitzung vom 16.03.2022)
(aus der 13. Sitzung am 27.04.2022 – läuft während der
Haushaltsberatungen 2022/2023 mit) Haupt
- g) Bericht SenFin – II B – vom 13.04.2022 [0254](#)
Gesamtliste aller weggefallenen, umgesetzten und
neuen Titel
(Berichtsauftrag aus der 7. Sitzung vom 23.03.2022) Haupt
- h) Sammelvorlage SenFin – ZS D – vom 20.04.2022 [0250](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 1 – Zuschuss an den 1. FC Union
(Berichtsaufträge aus der 7. Sitzung vom 23.03.2022)
Einzelplan 15 und 29 Haupt
- i) Sammelvorlage SenFin – ZS D – vom 20.04.2022 [0250](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 2 – Änderungen im USt-Recht / Landes-
mindestlohn / Tarifmittel
(Berichtsaufträge aus der 7. Sitzung vom 23.03.2022)
Einzelplan 15 und 29 Haupt
- j) Bericht SenFin – II B – vom 30.04.2022 [0271](#)
Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen
und Darstellung der Inanspruchnahme in Vorjahren
(Berichtsauftrag aus der 12. Sitzung vom 08.04.2022) Haupt
- k) Bericht SenSBW – IV A 3-2 – vom 31.05.2022 [0362](#)
Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von
Mietzuschüssen
(Berichtsauftrag aus der 63. Sitzung der 12. WP am
16.06.2017)
(in der 21. Sitzung am 08.06.2022 zur Sitzung am
15.06.2022 vertagt) Haupt
- k-1) Bericht SenSBW [0362-1](#)
Synopse zu den Verwaltungsvorschriften über die
Gewährung von Mietzuschuss an Mieterhaushalte in
Sozialbauwohnungen 2022
(Mietzuschussvorschriften 2022) Haupt

A. Schlussberatung der mitlaufenden Berichte und Vorlagen

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung der Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/0225 ab. Er nimmt die Berichte rote Nrn. 0174 A, 0137 A, 0001 A, 0173, 0200 A, 0252, 0254, 0250 – Bericht 1, 0250 – Bericht 2, 0271, 0362 und 0362-1 zur Kenntnis.

B. Schlussabstimmung über das Zahlenwerk und den geänderten Haushaltsplanentwurf 2022/2023

Vorsitzende Franziska Becker weist auf zwei notwendige redaktionelle Korrekturen zu Unrichtigkeiten in Änderungsanträgen hin, die in den vorangegangenen zwei Sitzungen beschlossen worden seien: Erstens seien im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen rote Nr. 0200 DG, lfd. Nr. 34 zu Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Jugend und Kinderschutz -, Titel 68425 – Zuschüsse für freie Jugendarbeit in den Erläuterungen die Beträge zu TA 28 nicht korrekt berechnet worden. Richtig – ausgehend von der im Ausschuss beschlossenen Gesamtansatzerhöhung und wie von SenFin in der Zusammenfassung der gefassten Beschlüsse bereits vorsorglich geändert – seien folgende Beträge: 2022 eine Erhöhung um 250 000 Euro auf 1,01 Mio. Euro und 2023 eine Erhöhung um 500 000 Euro auf 5,78 Mio. Euro. – Sie stelle das Einvernehmen des Ausschuss zu der entsprechenden redaktionellen Korrektur fest.

Die zweite Korrektur sei im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen rote Nr. 0200 CJ, lfd. Nr. 9 zu Kapitel 0532 – Polizei Berlin - Landespolizeidirektion -, Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten vorzunehmen. Im diesem angenommenen Antrag müsse im Stellenplanvermerk richtigerweise „+ eine Stelle E 11“, nicht „+ eine Stelle A 11“ stehen. – Sie stelle auch zu dieser redaktionellen Änderung das Einvernehmen des Ausschusses fest.

André Schulze (GRÜNE) ergänzt, auch in der Übersicht der gesammelten Änderungsanträge, rote Nr. 0200 ED, sei ein zuvor begangener Fehler korrigiert worden: So sei für Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Pflege - die Einführung des neuen Titels 68450 – Förderung der Berufsausbildung per Änderungsantrag beschlossen worden. Tatsächlich existiere der Titel bereits; neu eingeführt werden müsse vielmehr ein neuer Teilansatz innerhalb des Titels zum Thema „Vergütung in der wissenschaftlichen Pflegeausbildung“.

Der **Ausschuss** beschließt die entsprechende redaktionelle Änderung.

Einzelplan 05 – Inneres, Digitalisierung und Sport

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05

[0200 DR](#)
Haupt

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport - Sport -

Titel 68419 – Förderung des Sports

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05
hier: lfd. Nr. 1, 2 und 3

[0200 DR](#)
Haupt

Teilansatz neu

„Zuschuss an den Berliner Schwimm-Verband“

Ansatz 2022	(neu)	+ 125 000 Euro
Ansatz 2023	(neu)	+ 125 000 Euro

Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung): zweckgebundener Zuschuss an den Schwimm-Verband zum Ausbau der Organisation in den Schulschwimmzentren.

Teilansatz Nr. 10

Ansatz 2022	-	+ 75 000 Euro
Ansatz 2023	50 000 Euro	+ 75 000 Euro

Teilansatz Nr. 23

Ansatz 2022	600 000 Euro	+ 300 000 Euro
Ansatz 2023	600 000 Euro	+ 300 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge lfd. Nrn. 1 bis 3 der roten Nr. 0200 DR ohne Aussprache ab.

Titel 68482 – Zuschüsse an Sportorganisationen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05
hier: lfd. Nr. 4

[0200 DR](#)
Haupt

Ansatz 2022	5 677 000 Euro
Ansatz 2023	-

Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung): Ausgaben für den Hilfsfonds Sportvereine und -verbände zur Abmilderung finanzieller Notlagen von Sportorganisationen aufgrund der Corona-Einschränkungen (Ausgabenersatz an den Landessportbund Berlin, der die Auszahlung durchführt; 5,33 Mio. Euro). Darüber hinaus Zuschuss an die DKLB-Stiftung aufgrund zusätzlicher Finanzierungen durch Unterschreitung/ Wegfall bisheriger Fördergrenzen zur Abmilderung pandemiebedingter Folgen bei Vereinen der 1. Bundesliga (350.000 €). Im IST 2020 sind 3,5 Mio. € für den Hilfsfonds und 235.000 € für die Bundesligistenförderung angefallen.

Zudem können Vereine, die es geflüchteten Kindern und Jugendlichen ermöglichen, am Vereinsangebot teilzunehmen und somit die Integration dieser Kinder und Jugendlichen unterstützen, finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der entstehenden Mehrkosten aus diesem Titel erhalten.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der roten Nr. 0200 DR ohne Aussprache ab.

Kapitel 0532 – Polizei Berlin - Landespolizeidirektion –

Neuer Titel: Sonderinvestition zur Ausstattung und Renovierung von Dienst- und Aufenthaltsräumen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05
hier: lfd. Nr. 5

[0200 DR](#)
Haupt

Ansatz 2022	-	+ 40 000 000 Euro
Ansatz 2023	-	+/- 0 Euro

Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar in
das Haushaltsjahr 2023

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der roten Nr. 0200 DR ohne Aussprache ab.

Kapitel 0562 – Berliner Feuerwehr - Direktionen -

Neuer Titel – Sonderinvestition zur Ausstattung und Renovierung von Dienst- und Aufenthaltsräumen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05
hier: lfd. Nr. 6

[0200 DR](#)
Haupt

Ansatz 2022	-	+/- 20 000 000 Euro
Ansatz 2023	-	+/- 0 Euro

Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar in
das Haushaltsjahr 2023

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der roten Nr. 0200 DR ohne Aussprache ab.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Zentraler Service –

Neuer Titel – Sonderinvestition zur Ausstattung und Renovierung von Dienst- und Aufenthaltsräumen der Hilfsorganisationen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 DR](#)
Einzelplan 05 Haupt
hier: lfd. Nr. 7

Ansatz 2022	-	+/- 20 000 000 Euro
Ansatz 2023	-	+/- 0 Euro

Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar in
das Haushaltsjahr 2023

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der roten Nr. 0200 DR ohne Aussprache ab.

Neuer Titel – Sonderinvestition zur technische Ausstattung der Hilfsorganisationen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 DR](#)
Einzelplan 05 Haupt
hier: lfd. Nr. 8

Ansatz 2022	-	+/- 20 000 000 Euro
Ansatz 2023	-	+/- 0 Euro

Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar in
das Haushaltsjahr 2023

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der roten Nr. 0200 DR ohne Aussprache ab.

Kapitel 0566 – Berliner Feuerwehr - Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 DR](#)
Einzelplan 05 Haupt
hier: lfd. Nr. 9

Ansatz 2022	10 178 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	10 280 000 Euro	+/- 1 420 000 Euro

Änderungen im Stellenplan:
2023:
+ 1 Regierungsamtfrau/-mann A11
+ 2 Brandoberamtsrätin/-rat A13S
+ 3 Brandamtsrätin/-rat A12
+ 2 Brandamtfrau/-mann A11
+ 5 Brandoberinspektor/in A10
+ 2 Hauptbrandmeister/in A9S

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der roten Nr. 0200 DR ohne Aussprache ab.

Titel 42221 – Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 DR](#)
Einzelplan 05 Haupt
hier: lfd. Nr. 10

Ansatz 2022	22 002 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	28 662 000 Euro	+ 3 133 000 Euro

Änderungen im Stellenplan:
Für die Jahre 2023, 2024 und 2025 jeweils
+ 1 Brandreferendar/in V13
+ 10 Brandoberinspektoranwärter/in V10
+ 100 Brandmeisteranwärter/in V07

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der roten Nr. 0200 DR ohne Aussprache ab.

Stellenplan Einzelplan 05 – Allgemeine Erläuterungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05
hier: lfd. Nr. 11

[0200 DR](#)
Haupt

Ansatz 2022 +/- XY
Ansatz 2023 +/- XY

Neue Erläuterung:

Kapitel 0531 – Polizei Berlin
- Behördenleitung -
Kapitel 0532 – Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -
Kapitel 0543 – Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -
Kapitel 0556 – Polizei Berlin -
Direktion Zentraler Service –

Die in den vorgenannten Kapiteln im Titel 42201 (unter der Bezeichnung Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten) ausgewiesenen reinen Verwaltungsstellen, die mit Inhabern von Vollzugsstellen besetzt sind, werden nach deren Freiwerden nicht wieder besetzt, sondern dafür eingesetzt, um

1. in den fünf Polizeidirektionen jeweils eine Sondereinheit zur Bekämpfung von Einbruchsdiebstahl aufzubauen (pro Polizeidirektion eine Sondereinheit entsprechend 24 VZÄ, insgesamt 120 VÄÄ) und
2. das Personal beim Verfassungsschutz zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen Aufgaben zu verstärken (A9: 5 Stellen; A10: 5 Stellen; A11: 2 Stellen; A12: 2 Stellen; A13S: 6 Stellen)

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der roten Nr. 0200 DR ohne Aussprache ab.

Einzelplan 06 – Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskri- minierungsstelle) -

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 1

[0200 DS](#)
Haupt

Ansatz 2022	XY	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	XY	+/- 0 Euro

150.000 EUR sind zur Erstellung einer Monitoringstu-
die Antisemitismus in den Berliner Bezirken vorgesehen
(verbindliche Erläuterung)

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 DS ohne Aussprache ab.

Einzelplan 08 – Kultur und Europa

Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Kultur – Titel 68577 – Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der bildenden Kunst

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 08**
hier: lfd. Nr. 1

[0200 DZ](#)
Haupt

Ansatz 2022	8 348 000	208 000 Euro
Ansatz 2023	9 783 000	+/- 0 Euro

TA 12 n.b.k.
2022: 678.420 Euro
2023: 1.067.830 Euro

Der **Ausschuss** stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 DZ ohne Aussprache zu.

Einzelplan 09 – Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Wissenschaft -

Neuer Titel – Sozialfonds für Studierende beim Studierendenwerk

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 09** hier: lfd. Nr. 1 [0200 EA](#) Haupt

Ansatz 2022	-	+ 300 000 Euro
Ansatz 2023	-	+/- 0 Euro

Ergänzung der Erläuterung: „Einrichtung eines temporären Sozialfonds für Studierende, um eine Erstausrüstung (inkl. digitaler Geräte) für das Studium zur Verfügung zu stellen.“

Übertragbarkeitsvermerk: Die Mittel sind übertragbar.

Der **Ausschuss** stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 EA ohne Aussprache zu.

Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie

Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 10** hier: lfd. Nr. 1 [0200 EB](#) Haupt

Ansatz 2022	-	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	-	- 500 000 Euro

Der **Ausschuss** stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 EB ohne Aussprache zu.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 EB](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 10**
hier: lfd. Nr. 2

Ansatz 2022	14 714 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	15 347 000 Euro	+ 500 000 Euro

Änderung der Tabelle:
TA 28: „Fachverfahren Information Manager Volks-
hochschulen. Betrieb und Pflege“
2022: 434.000 €
2023: 1.294.000 €

Der **Ausschuss** stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der roten Nr. 0200 EB ohne Aussprache zu.

Einzelplan 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Städtebau und Projekte -

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum [0200 DT](#)
Einzelplan 12 Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Ansatz 2022	170 000 Euro	+ 200 000 Euro
Ansatz 2023	170 000 Euro	+ 400 000 Euro

Absatz 3 streichen.
Zwei Absätze neu: Der ‚Beteiligungsort‘ Stadtwerkstatt wird aufgelöst. Die bisher hierfür vorgesehenen Mittel werden eingesetzt für die Unterstützung partizipativer Formate im Rahmen des WerkStadtForums.
Weiterhin sind jeweils 200.000 € in 2022 und 400.000 € in 2023 vorgesehen für die Durchführung einer Stadtdebatte 2022 „THF 2.0“ sowie begleitende Kommunikation zur Durchführung einer Volksbefragung zur Teilbebauung des Tempelhofer Feldes 2023.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 DT ohne Aussprache ab.

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik -

Titel 12126 – Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 1

[0200 DU](#)
Haupt

Ansatz 2022	109 700 000 Euro	+ 31 000 000 Euro
Ansatz 2023	143 000 000 Euro	+ 36 000 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 DT ohne Aussprache ab.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz -

Titel 52131 – Maßnahmen für die Stadtverschönerung

hierzu liegt vor:

Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 27**
hier: lfd. Nr. 1

[0200 DN](#)
Haupt

Ansatz 2022	0 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	0 Euro	+/- 0 Euro

Ersetzung der verbindlichen Erläuterung der Lfd.-Nr. 1
in der RN 0200 DJ.

Für Maßnahmen der Klimafolgenanpassung sowie der
Stadtverschönerung im Rahmen von Straßenumbau-
maßnahmen insbesondere zur Durchführung von Flä-
chenentsiegelungsmaßnahmen und für die Beschaffung
von Stadtmöbeln im Rahmen von nicht investiven Stra-
ßenumbaumaßnahmen. (verbindliche Erläuterung).

Der **Ausschuss** stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 DN ohne Aussprache zu.

Kapitel 2729 – Zuweisungen an die Bezirke
Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben

hierzu:

- a) Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum [0200 DV](#)
Einzelplan 27 Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Ansatz 2022	203 023 000 Euro	+ 78 104 000 Euro
Ansatz 2023	178 208 000 Euro	+/- 78 104 000 Euro

- b) Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 DO](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 27**
hier: lfd. Nr. 1

Ansatz 2022	203 023 000 Euro	+ 20 000 Euro
Ansatz 2023	178 208 000 Euro	+ 20 000 Euro

Ergänzung der verbindlichen Erläuterungen:
„Für die Pflege des beabsichtigten 'Erinnerungspunktes
Karl Wolffsohn' am Stölpchensee sind in 2022 und
2023 jeweils 20.000 € vorgesehen (verbindliche Erläu-
terung)“

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 DV ohne Aussprache ab.
Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 DO ohne Aussprache zu.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanzangelegenheiten

Kapitel 2900 – Steuern und Finanzausgleich

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 DW](#)
Einzelplan 29 Haupt
hier: lfd. Nr. 1 bis 23

Vorsitzende Franziska Becker weist darauf hin, dass die Änderungsanträge lfd. Nrn. 1 bis 23 der roten Nr. 0200 DW der CDU-Fraktion identisch mit dem in der 21. Sitzung angenommenen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen rote Nr. 0200 DI, lfd. Nr. 23 seien. Sei die CDU-Fraktion daher bereit, ihre Anträge als erledigt zu betrachten?

Christian Goiny (CDU) erklärt sich im Namen seiner Fraktion damit einverstanden.

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Titel 38100 – Saldoausgleich für interne Verrechnungen

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 EE](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 29**
hier lfd. Nr. 2
Haupt

Ansatz 2022	1 153 000 Euro	- 719 000 Euro
Ansatz 2023	1 153 000 Euro	- 748 000 Euro

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der roten Nr. 0200 EE ohne Aussprache zu.

Titel 97115 – Pauschale Mehrausgaben zum Ausgleich der Rundungsdifferenz

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 EE](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 29**
hier lfd. Nr. 3
Haupt

Ansatz 2022	1 000 Euro	- 800 Euro
Ansatz 2023	600 Euro	- 200 Euro

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der roten Nr. 0200 EE ohne Aussprache zu.

Titel 98100 – Saldoausgleich für interne Verrechnungen

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 EE](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 29**
hier lfd. Nr. 4
Haupt

Ansatz 2022	0 Euro	+ 800 Euro
Ansatz 2023	0 Euro	+ 800 Euro

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der roten Nr. 0200 EE ohne Aussprache zu.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 EE](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 29**
hier lfd. Nr. 1

Ansatz 2022	0 Euro	- 33 802 000 Euro
Ansatz 2023	0 Euro	- 5 635 000 Euro

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 EE ohne Aussprache zu.

Neuer Titel 91924 – Zuführung an die Rücklage zur Vorsorge für Baukostensteigerungen

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 EF](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 29**
hier lfd. Nr. 2

Ansatz 2022	0 Euro	+ 410 470 000 Euro
Ansatz 2023	0 Euro	+ 42 425 000 Euro

Die Mittel der Rücklage dienen ausschließlich zur Finanzierung der aus Baukostensteigerungen, insbesondere aufgrund der Entwicklung des Baupreisindex, resultierenden Mehrausgaben bei geplanten Baumaßnahmen (verbindliche Erläuterung).

Entnahmen aus der Rücklage sollen erst ab dem Jahr 2024 erfolgen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der roten Nr. 0200 EF ohne Aussprache zu.

Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten
Titel 46201 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 EE](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 29**
hier lfd. Nr. 5

Ansatz 2022 - 101 188 000 Euro - 45 172 000 Euro
Ansatz 2023 - 46 082 000 Euro +/- 0 Euro

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der roten Nr. 0200 EE ohne Aussprache zu.

Kapitel 2902 – Darlehen und Schuldendienst
Titel 32500 – Kreditmarktmittel

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 EF](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 29**
hier lfd. Nr. 1

Ansatz 2022 678 430 000 + 410 470 000 Euro
Ansatz 2023 309 920 000 + 42 425 000 Euro

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 EF ohne Aussprache zu.

Der **Ausschuss** schließt die Beratungen zu den Einzelplänen ab.

Vorsitzende Franziska Becker erinnert daran, dass zur Übersicht eine Zusammenstellung der zu den Einzelplänen beschlossenen Änderungen, rote Nr. 0200 ED, vorliege. Sie stelle fest, dass die Fraktionen auf eine Einzelabstimmung der Einzelpläne im Hauptausschuss verzichteten und der ständigen Praxis entsprechend eine Schlussabstimmung zum gesamten Haushaltsplan 2022/2023 mit den im Hauptausschuss beschlossenen Änderungen durchgeführt werden solle.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Christian Goiny (CDU) bittet darum, dass dem Ausschuss im Nachgang der Sitzung eine aktualisierte Fassung der Übersicht über die beschlossenen Änderungen zur Verfügung gestellt werde.

Vorsitzende Franziska Becker versichert, eine solche werde allen Ausschussmitgliedern zugehen.

Der **Ausschuss** stimmt dem der Vorlage 19/0200 als Anlage – rote Nr. 0200-Anlage – beige-fügten Entwurf des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 einschließlich seiner Anlagen mit den in den Haushaltsberatungen 2022/2023 beschlossenen Änderungen bei Ansätzen, Vermerken und Erläuterungen zu. Er nimmt die Zusammenstellung der Änderungen rote Nr. 0200 ED zur Kenntnis.

[Unterbrechung der Sitzung von 13.01 Uhr bis 13.30 Uhr]

C. 2. Lesung des Haushaltsgesetzes 2022/2023

Abschnitt I - Allgemeine Ermächtigungen

§ 1 - Feststellung des Haushaltsplans

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum
Haushaltsgesetz 2022/2023
hier: lfd. Nr. 1

[0200 EG](#)
Haupt

§ 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan von Berlin für die Haushalts-jahre 2022 und 2023 wird für 2022 in Einnahmen und Ausgaben auf 38.711.526.300 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 32.955.815.400 Euro und für 2023 in Einnahmen und Ausgaben auf 37.907.748.900 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 30.842.051.300 Euro festgestellt, und zwar

1. für das Haushaltsjahr 2022

a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 28.131.006.900 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 32.455.212.700 Euro,

b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 10.580.519.400 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 500.602.700 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushalts-übersicht des Gesamtplans;

2. für das Haushaltsjahr 2023

a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 27.267.954.500 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 30.269.732.800 Euro,

b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 10.639.794.400 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 572.318.500 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushalts-übersicht des Gesamtplans.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der roten Nr. 0200 EG ohne Aussprache zu. Er stimmt § 1 so geändert zu.

§ 2 – Kreditermächtigungen

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Haushaltsgesetz 2022/2023**
hier: lfd. Nr. 1

[0200 DY](#)
Haupt

Ersetzt durch:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Haushaltsgesetz 2022/2023**
hier: zu § 2

[0200 EG](#)
Haupt

§ 2 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für die in der Anlage 8 zum Haushaltsgesetz aufgeführten finanziellen Transaktionen im Haushaltsjahr 2022 bis zur Höhe von 1.000.000.000 Euro und im Haushaltsjahr 2023 bis zur Höhe von 750.000.000 Euro Kredite aufzunehmen. Ausgaben zur Tilgung ausstehender konjunkturbedingter Kredite gemäß § 6 Absatz 1 des Gesetzes zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse sind auf die Ermächtigung nach Satz 1 anzurechnen. Mehrausgaben für finanzielle Transaktionen dürfen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch Kredite finanziert werden, sofern die Gesamthöhe der Kreditermächtigung dadurch nicht überschritten wird. Diese Mehrausgaben sind keine Mehrausgaben im Sinne des § 37 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung. Darüber hinaus wird die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, für die Zuführung an die Rücklage zur Vorsorge für Baukostensteigerungen Kredite im Jahr 2022 in Höhe von 410.470.000 Euro und im Jahr 2023 in Höhe von 42.425.000 Euro aufzunehmen. Erfolgt die Kreditaufnahme in fremder Währung, so ist das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhe durch Wechselkursversicherungsgeschäfte auszuschließen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu § 2 der roten Nr. 0200 EG ohne Aussprache zu. Er stimmt § 2 so geändert zu.

§ 3 – Gewährleistungsermächtigungen

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Haushaltsgesetz 2022/2023**
hier: lfd. Nr. 2, 3 und 4

0200 DY
Haupt

§ 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften und -garantien

1. zur Förderung des Wohnungsbaus, der Modernisierung, der Instandsetzung und des Rückbaus von Wohngebäuden in Berlin,
2. zur Förderung des Baus, der Modernisierung und Instandsetzung sowie der Umnutzung gewerblicher Räume, soweit dies im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nummer 1 geboten erscheint,
3. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Selbstnutzung und zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften nach § 2 Absatz 1 Satz 2 des Altschuldenhilfegesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 986), das zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, abzuschließende Kreditverträge,
4. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen abzuschließende Kreditverträge bis zu 5.500.000.000 Euro zu übernehmen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der roten Nr. 0200 DY ohne Aussprache zu.

§ 3 Absatz 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Übernahme von Bürgschaften im Sinne der Sätze 1 und 2 sowie jede sonstige Unterstützung der FBB setzen voraus, dass dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zuvor die Bürgschafts- und sonstigen Unterstützungskonditionen übermittelt sind, sobald sie feststehen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der roten Nr. 0200 DY ohne Aussprache zu.

§ 3 Absatz 10 erhält folgende Fassung:

„(10) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Bürgschaften und Garantien zur Absicherung von Krediten im Zusammenhang mit öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen bis zu 6.000.000.000 Euro zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis

zu 100 vom Hundert des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Unter öffentliche Infrastrukturmaßnahmen fallen auch die Gründung und der Erwerb von Beteiligungen auf dem Gebiet der Wasser-, Energie- und Fernwärmeversorgung, der Schulbau sowie strategische Investitionen von Landesunternehmen. Für einen Betrag von bis zu 600.000.000 Euro wird die für Energie zuständige Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung im Rahmen der 6.000.000.000 Euro ermächtigt, einen Kreditauftrag gemäß § 778 des Bürgerlichen Gesetzbuches an die Investitionsbank Berlin zur Finanzierung der Übernahme von betreffenden Netzen durch eine landeseigene Gesellschaft zu erteilen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der roten Nr. 0200 DY ohne Aussprache zu. Er stimmt § 3 so geändert zu.

§ 4 – Hebesätze

Der **Ausschuss** stimmt § 4 ohne Aussprache zu.

§ 5 – Haushaltsüberschreitungen

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Haushaltsgesetz 2022/2023**
hier: lfd. Nr. 5

[0200 DY](#)
Haupt

§ 5 Absatz 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung wird für 2022 und 2023 auf jeweils 5.000.000 Euro festgesetzt. Sofern über- und außerplanmäßige Ausgaben im Einzelfall den in Satz 1 festgelegten Betrag, im Falle der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen einen Betrag von 50.000.000 Euro, überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur vorherigen Zustimmung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(2) Der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung wird für 2022 und 2023 auf jeweils 15.000.000 Euro festgesetzt. Für die im Zusammenhang mit der Anmietung neuer oder zusätzlicher Büroflächen für die Bezirke oder die Hauptverwaltung entstehenden Miet- und Betriebskosten wird dieser Betrag auf jeweils 50.000.000 Euro, begrenzt auf einen Zeitraum von höchstens 10 Jahren festgelegt. Sofern über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen den in Satz 1 festgelegten Betrag überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur vorherigen Zustimmung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

In § 5 wird nach Absatz 3 folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

(4) Auf Beschluss des Hauptausschusses können die nötigen Verpflichtungen eingegangen werden, um einen Unternehmensvertrag mit den Berliner Bäder-Betrieben abzuschließen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der roten Nr. 0200 DY ohne Aussprache zu. § 5 wird so geändert zugestimmt.

Abschnitt II - Bewirtschaftung von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

§ 6 - Haushaltswirtschaftliche Sperre

Der **Ausschuss** stimmt § 6 ohne Aussprache zu.

§ 7 - Gesetzliche Sperre

Der **Ausschuss** stimmt § 7 ohne Aussprache zu.

§ 8 - Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften

Der **Ausschuss** stimmt § 8 ohne Aussprache zu.

§ 9 - Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen

Der **Ausschuss** stimmt § 9 ohne Aussprache zu.

§ 10 - Einschränkung der gesetzlichen Deckungsfähigkeit und der Verwendung von in den Haushaltsberatungen verstärkten Ansätzen

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Haushaltsgesetz 2022/2023**
hier: lfd. Nr. 6

[0200 DY](#)
Haupt

Ersetzt durch

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Haushaltsgesetz 2022/2023**
hier: § 10

[0200 EG](#)
Haupt

§ 10 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Deckungsfähigkeit nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 bis 5 der Landeshaushaltsordnung und für die Bezirke nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 und 4 der Landeshaushaltsordnung wird ausgeschlossen. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. Satz 1 gilt nicht für die weisungsunabhängigen Verfassungsorgane und weisungsunabhängigen Landesbeauftragten.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu § 10 der roten Nr. 0200 EG ohne Aussprache zu. Er stimmt § 10 so geändert zu.

§ 11 - Regelungen im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt

Der **Ausschuss** stimmt § 11 ohne Aussprache zu.

Neuer § 11 a – Parlamentsvorbehalt

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Haushaltsgesetz 2022/2023**
hier: lfd. Nr. 7

[0200 DY](#)
Haupt

„Nach § 11 wird folgender neuer § 11a eingefügt:

§ 11a
Parlamentsvorbehalt

Vertragliche Verpflichtungen, auch Zuschlagserteilungen nach Ausschreibungsverfahren, darf das Land Berlin ab einem Gesamtvolumen von 500.000.000 Euro nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses eingehen (Parlamentsvorbehalt).“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der roten Nr. 0200 DY ohne Aussprache zu.

§ 12 - Ergebnisrücklage der Bezirke

Der **Ausschuss** stimmt § 12 ohne Aussprache zu.

§ 13 – Titelverwechslungen

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Haushaltsgesetz 2022/2023**
hier: lfd. Nr. 8

[0200 DY](#)
Haupt

§ 13 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

(1) Ausgaben, die im Haushaltsplan in falschen Titeln veranschlagt wurden, dürfen mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung analog § 50 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung umgesetzt werden. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ist zu unterrichten.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der roten Nr. 0200 DY ohne Aussprache zu. Er stimmt § 13 so geändert zu.

§ 14 - Corona-Sonderzahlung an Beschäftigte von Zuwendungsempfängern

Der **Ausschuss** stimmt § 14 ohne Aussprache zu.

§ 15 - Regelungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie und zur Verwendung von Haushaltsüberschüssen

Der **Ausschuss** stimmt § 15 ohne Aussprache zu.

Abschnitt III - Personalwirtschaftliche Regelungen und Personalausgaben

hierzu liegt vor:

Empfehlung des UA Verwaltung vom 23.05.2022
hier nur: §§ 16 bis 18 des Haushaltsgesetzes 2022/2023

[0200 BM](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Empfehlung des UA Verwaltung rote Nr. 0200 BM hinsichtlich der §§ 16 bis 18 des Haushaltsgesetzes 2022/2023 zur Kenntnis.

§ 16 - Personalwirtschaftliche Ermächtigungen

Der **Ausschuss** stimmt § 16 ohne Aussprache zu.

§ 17 - Personalwirtschaftliche Einschränkungen

Der **Ausschuss** stimmt § 17 ohne Aussprache zu.

§ 18 - Deckungsfähigkeit und Zweckbindung

Der **Ausschuss** stimmt § 18 ohne Aussprache zu.

Abschnitt IV - Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 19 - Weitergeltung von Vorschriften

Der **Ausschuss** stimmt § 19 ohne Aussprache zu.

§ 20 – Inkrafttreten

Der **Ausschuss** stimmt § 20 ohne Aussprache zu.

Der **Ausschuss** stimmt dem Haushaltsgesetz 2022/2023 mit den zuvor beschlossenen Änderungen zu. Er empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, die Vorlage zur Beschlussfassung auf Drucksache 19/0200 – Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 – mit den zuvor beschlossenen Änderungen und den der Vorlage als Anlage beigefügten Haushaltsplan 2022/2023 einschließlich seiner Anlagen mit den hierzu in den Haushaltsberatungen 2022/2023 beschlossenen Änderungen anzunehmen.

D. Auflagen zum Haushalt 2022/2023

hierzu:

- | | |
|---|----------------------------------|
| a) Abghs III H/III H 31
Auswertung der Auflagen zum Haushalt 2020/21/
Übersicht Stand: 05.05.2022
(Hinweis: Die Auswertung wurde per E-Mail vom
06.05.2022 bereits elektronisch an die Sprecherinnen
und Sprecher übermittelt.) | 0200 CV
Haupt |
| b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zu den
Auflagen zum Haushalt 2022/2023 | 0200 DM
Haupt |
| c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zu den
Auflagen zum Haushalt 2022/2023 | 0200 DP
Haupt |
| d) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zu den
Auflagen zum Haushalt 2022/2023 | 0200 DQ
Haupt |
| e) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu
den Auflagen zum Haushalt 2022/2023 | 0200 DX
Haupt |

f) **Auflagen zum Haushalt 2022/2023** [0200 EC](#)
Zusammenstellung der Anträge der Fraktionen – Haupt
Arbeitshilfe zur Abstimmung

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, die inzwischen verteilte Tischvorlage mit einem gemeinsamen Antrag auf eine neue Auflage der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU und der Fraktion Die Linke ersetzt der Antrag zu Auflage Nr. 23 der roten Nr. 0200 EC. Die Anträge seien inhaltlich identisch, lediglich bezüglich der Antragsteller gebe es Veränderungen.

Stefan Ziller (GRÜNE) weist darauf hin, dass das in der lfd. Nr. 33 der roten Nr. 0200 EC erwähnte Berichtsdatum im Vorfeld nicht vollständig abgestimmt worden sei. Die Senatsverwaltung sei gebeten, die Berichte im Sachzusammenhang zu erstellen und nicht zwei Berichte im zeitlichen Abstand von nur einem Monat abzuliefern.

Vorsitzende Franziska Becker erklärt, über Änderungen und Übernahmen der Auflagen 2020/2021 solle nun anhand der Vorlage rote Nr. 0200 EC, in der die Anträge aller Fraktionen hierzu gesammelt seien, entschieden werden.

Lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 2

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, der AfD- und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 3

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 4

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 5

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Änderungsanträge der CDU-, der AfD- und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 6

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 7

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich der Antrag der CDU-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, und der Antrag der AfD-Fraktion, die Auflage mit Änderungen zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 9

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 10

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen CDU-, AfD- und FDP-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, der AfD- und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 11

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen AfD-, bei Enthaltung CDU-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU- und der AfD-Fraktion, die Auflage zu streichen, und der Antrag der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 12

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen CDU-, AfD- und FDP-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU- und der AfD-Fraktion, die Auflage zu streichen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 13

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 14

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig – bei Enthaltung der AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU- und der AfD-Fraktion, die Auflage mit Änderungen zu übernehmen, und der Antrag der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 15

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) weist darauf hin, dass im Antrag der Koalitionsfraktionen noch ein Fehler enthalten sei: Der vierte Absatz habe mit den Worten zu beginnen „Der Senat wird aufgefordert bis zum 30. Juni 2023“, die Jahreszahl müsse hier noch angepasst werden.

Der **Ausschuss** stimmt – gegen die AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde. Das Berichtsdatum im vierten Absatz werde zu „30. Juni 2023“ angepasst.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU- und der AfD-Fraktion, die Auflage mit Änderungen zu übernehmen, und der Antrag der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 16

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen CDU-, AfD- und FDP-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, der AfD-, und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 17

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen die AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, der AfD-, und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 18

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen die AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, der AfD-, und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 19

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 20

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen CDU- und AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU- und der AfD-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 21

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen die AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, der AfD-, und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 22

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 23

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue – als Tischvorlage verteilte, inhaltlich mit der lfd. Nr. 23 der roten Nr. 0200 EC identische – Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 24

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – den Antrag der AfD-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 25

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 26

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, der AfD-, und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 27

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 28

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen die AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, sowie der Antrag der AfD, die Auflage zu streichen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 29

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 30

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen die AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke sowie dem inhaltsgleichen Antrag der Fraktion der FDP zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich der Antrag der CDU-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, und der Antrag der AfD-Fraktion, die Auflage mit Änderungen zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 31

Der **Ausschuss** stimmt – gegen die AfD-Fraktion – ohne Aussprache dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU- und der AfD-Fraktion, die Auflage zu streichen, sowie der Antrag der FDP-Fraktion, die Auflage in geänderter Form zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 32

Der **Ausschuss** stimmt – gegen AfD- und FDP-Fraktion – ohne Aussprache dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, der AfD- und der FDP-Fraktion, die Auflage zu streichen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 33

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Anträge der CDU-, der AfD- und der FDP-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 34

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage gestrichen werde.

Lfd. Nr. 35

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen AfD-, bei Enthaltung CDU-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 36

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 37

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 38

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen CDU- und FDP-, bei Enthaltung AfD-Fraktion – den Antrag der FDP-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 39

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage übernommen werde. Der Antrag der Fraktion der CDU, die Auflage mit geändertem Termin zu übernehmen, wird einvernehmlich für erledigt erklärt.

Lfd. Nr. 40

Der **Ausschuss** stimmt einstimmig ohne Aussprache dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 41

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 42

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich der Antrag der FDP-Fraktion, die Auflage mit einer Änderung zu übernehmen, damit erledigt habe.

Lfd. Nr. 43

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 44

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 45

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 46

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 47

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen CDU- und AfD-Fraktion – den gleichlautenden Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion der FDP zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion, die Auflage unverändert bzw. mit einer Änderung zu übernehmen, erledigt hätten.

Lfd. Nr. 48

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 49

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig – bei Enthaltung der AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die gleichgerichteten Änderungsanträge der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP, die Auflage mit Änderungen bzw. unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 50

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 51

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig – bei Enthaltung der AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die gleichgerichteten Änderungsanträge der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP, die Auflage mit Änderungen bzw. unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 52

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig den gleichlautenden Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion der CDU zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich der Antrag der AfD-Fraktion, die Auflage unverändert zu übernehmen, sowie der Antrag der Fraktion der FDP, die Auflage zu streichen, erledigt hätten.

Lfd. Nr. 53

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die gleichgerichteten Anträge der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP, die Auflage lfd. Nr. 53 unverändert zu übernehmen, erledigt hätten.

Lfd. Nr. 54

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die gleichgerichteten Anträge der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP, die Auflage unverändert bzw. mit Änderungen zu übernehmen, erledigt hätten.

Lfd. Nr. 55

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig den gleichlautenden Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Lfd. Nr. 56

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 57

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 58

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 59

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 60

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 61

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig – bei Enthaltung der CDU-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 62

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 63

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 64

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 65

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 66

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – den Antrag der AfD-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 67

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen CDU-Fraktion, bei Enthaltung AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst und künftig im Einzelplan 13 eingeordnet werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die gleichgerichteten Anträge der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP, die Auflage unverändert zu übernehmen, damit erledigt hätten.

Lfd. Nr. 68

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 69

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 70

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig den gleichlautenden Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Christian Goiny (CDU) macht mit Bezug auf die Geschäftsordnung darauf aufmerksam, dass seine Fraktion den gleichlautenden Antrag zuerst gestellt habe. In solchen Fällen sollte, auch für das Protokoll, der CDU-Antrag zumindest mit zur Abstimmung aufgerufen werden.

Vorsitzende Franziska Becker stellt klar, im Protokoll werde der Umstand berücksichtigt.

Lfd. Nr. 71

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen FDP-Fraktion – den Antrag der FDP-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 72

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 73

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – bei Enthaltung FDP-Fraktion – den gleichlautenden Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der AfD-Fraktion zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Lfd. Nr. 74

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig den gleichlautenden Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP zu, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 75

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 76

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion, bei Enthaltung der Fraktion der CDU – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 77

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 78

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – den Antrag der AfD-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 79

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen FDP-Fraktion – den Antrag der FDP-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 80

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 81

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde

Lfd. Nr. 82

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde

Lfd. Nr. 83

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde

Lfd. Nr. 84

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen ohne Aussprache einstimmig – bei Enthaltung AfD-Fraktion –, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 85

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 86

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 87

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen CDU-, AfD- und FDP-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Lfd. Nr. 88

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 89

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 90

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 91

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 92

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 93

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 94

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 95

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 96

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 97

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 98

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig – bei Enthaltung AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde, nebst zukünftiger Einordnung unter „A. Allgemein“.

Lfd. Nr. 99

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache einstimmig auf Antrag aller Fraktionen, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 100

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 101

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen CDU-, AfD- und FDP-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage gestrichen werde.

Lfd. Nr. 102

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 103

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde

Lfd. Nr. 104

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 105

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 106

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 107

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 108

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – den Antrag der AfD-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 109

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 110

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig – gegen AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 111

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 112

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 113

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 114

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen CDU-Fraktion, bei Enthaltung AfD-Fraktion und FDP-Fraktion – den Antrag der Fraktion der CDU ab, dass die Auflage die vorgeschlagene Fassung erhalte.

Er stimmt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage wie vorgeschlagen neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 115

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 116

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 117

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 118

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 119

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 120

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Er lehnt ohne Aussprache – gegen CDU- und FDP-Fraktion, bei Enthaltung AfD-Fraktion – den Antrag der Fraktion der CDU ab, dass die Auflage die vorgeschlagene Fassung erhalte.

Lfd. Nr. 121

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 122

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen CDU-Fraktion, bei Enthaltung FDP-Fraktion – den Antrag der Fraktion der CDU ab, dass die Auflage die vorgeschlagene Fassung erhalte.

Er stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage wie vorgeschlagen neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 123

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 124

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 125

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig den gleichlautenden Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion der CDU zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 126

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 127

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 128

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 129

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 130

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 131

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen FDP-Fraktion – den Antrag der Fraktion der FDP ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 132

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 133

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 134

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen FDP-Fraktion – den gleichlautenden Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion zu, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 135

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 136

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion und FDP-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 137

Christian Goiny (CDU) merkt an, bei einer jährlichen Förderung sollte nicht, wie von den Koalitionsfraktionen beantragt, unterjährig zum 30. November, sondern, wie von seiner Fraktion beantragt, jährlich zum 31. Dezember berichtet werden.

Der **Ausschuss** stimmt – gegen AfD- und FDP-Fraktion – dem gemeinsamen Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion der CDU zu, die Auflage in folgender neuen Fassung zu übernehmen:

„Der Senat wird aufgefordert, über die Umsetzung des „Visual-Effects-Förderfonds (VFX-Fonds)“ jährlich zum 31. Dezember zu berichten.“

Lfd. Nr. 138

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 139

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 140

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 141

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 142

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 143

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 144

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 145

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 146

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 147

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 148

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die gleichgerichteten Anträge der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP, die Auflage unverändert zu übernehmen, erledigt hätten.

Lfd. Nr. 149

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 150

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 151

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage wie vorgeschlagen neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 152

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen AfD- und FDP-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 153

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Er lehnt ohne Aussprache – gegen FDP-Fraktion – den Antrag der Fraktion der FDP ab, dass die Auflage wie vorgeschlagen gefasst werde.

Lfd. Nr. 154

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage gestrichen werde.

Lfd. Nr. 155

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage gestrichen werde.

Lfd. Nr. 156

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen FDP-Fraktion – den inhaltsgleichen Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion zu, dass die Auflage in der vorgeschlagenen Fassung zu übernehmen.

Lfd. Nr. 157

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache – gegen AfD- und FDP-Fraktion – dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass die Auflage neu gefasst werde.

Lfd. Nr. 158

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 159

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig den gleichlautenden Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP zu, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Er lehnt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – den Antrag der AfD-Fraktion ab, die Auflage um einen Satz zu ergänzen.

Lfd. Nr. 160

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag aller Fraktionen einstimmig ohne Aussprache, dass die Auflage unverändert übernommen werde.

Lfd. Nr. 161

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 162

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 163

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 164

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 165

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde

Lfd. Nr. 166

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 167

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – den Antrag der AfD-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 168

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – den Antrag der AfD-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 169

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – den Antrag der AfD-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 170

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen AfD-Fraktion – den Antrag der AfD-Fraktion ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 171

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen FDP-Fraktion, bei Enthaltung CDU-Fraktion – den Antrag der Fraktion der FDP ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 172

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen FDP-Fraktion – den Antrag der Fraktion der FDP ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Lfd. Nr. 173

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache – gegen CDU- und FDP-Fraktion – den Antrag der Fraktion der FDP ab, dass eine neue Auflage aufgenommen werde.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass den soeben auf Grundlage der Abstimmungsunterlage rote Nr. 0200 EC beschlossenen Auflagen – gegen CDU-, AfD- und FDP-Fraktion – insgesamt zugestimmt werde.

Der **Ausschuss** nimmt die Zusammenstellung rote Nr. 0200 EC zur Kenntnis.

E. Schlussabstimmung zu den Auflagen zum Haushalt 2022/2023

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dem Abgeordnetenhaus werde empfohlen – gegen CDU-, AfD- und FDP-Fraktion –, die soeben beschlossenen Ermächtigungen, Ersuchen, Auflagen und sonstigen Beschlüsse aus Anlass der Beratung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 – Auflagen zum Haushalt 2022/2023 – anzunehmen.

Punkt 14 der Tagesordnung

Verschiedenes

Vorsitzende Franziska Becker gibt bekannt, die Baurundfahrt des Hauptausschusses solle nach einvernehmlicher Verständigung in der Sprecherrunde am 28. September 2022 stattfinden.

Torsten Hofer (SPD) kündigt an, der Geschäftsstelle des Hauptausschusses bis Freitag Fragen zur schriftlichen Beantwortung durch das Bezirksamt Pankow und den Senat zur Schulsicherheit vor einer Grundschule in Berlin-Wilhelmsruh zu übermitteln.

Vorsitzende Franziska Becker hält die Berichtsbitte fest. – Der Präsident des Abgeordnetenhauses beabsichtigt, nach der Sommerpause den Hauptausschuss und die Senatsverwaltung für Finanzen im Anschluss an einen Sitzungstermin des Ausschusses zum traditionellen Empfang nach den Haushaltsberatungen einzuladen. Der genaue Termine werde noch bestimmt. – Das auf Einladung des Präsidenten stattfindende Barbecue werde nach der Sommerpause durchgeführt.

Hendrikje Klein (LINKE) teilt mit, der Unterausschuss Vermögen habe in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Sitzungstermin 28. September ausfallen zu lassen, damit die Mitglieder des UA an der Baurundfahrt teilnehmen könnten.

Steffen Zillich (LINKE) dankt der Vorsitzenden für das Leiten durch die Haushaltsberatungen. – [Allgemeiner Beifall] –

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.